



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

Berichterstatter Abgeordneter Hegemann CDU

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuß gegebenen Empfehlung zugestimmt.

Bericht

MMV 10/1869 -

I. Allgemeines

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat die in seine Zuständigkeit fallenden Kapitel des Einzelplans 10 in den Sitzungen am 21. September, 5. Oktober und 2. November 1988 beraten. Die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und F.D.P. wurden in der Sitzung am 23. November 1988 behandelt und abgestimmt.

In der Schlußabstimmung wurde den Kapiteln des Einzelplans 10 unter Berücksichtigung der einstimmig beschlossenen Empfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuß mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zugestimmt.

In den Beratungen des Haushaltsentwurfs im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung wurden die Vorlagen 10/1681 und 10/1689 des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft einbezogen.

II. Einzelberatung

A Personaltitel

Dem Personaletat 1989 stimmte der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung einstimmig zu.

B Sachtitel

1. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 531 11 - Öffentlichkeitsarbeit

Titel 531 12 - Veröffentlichungen und Dokumentationen

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, beide Titel um insgesamt 400 000 DM zu kürzen.

Nach Auffassung der Fraktion der F.D.P. ist der überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung mit Hilfe der aus Steuergeldern bezahlten Veröffentlichungen und Dokumentationen, die zudem noch durch eine kostenträchtige Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, zu begegnen.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

2. Kapitel 10 050 - Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft,
Bodenschutz

2.1 Titelgruppe 75 - Abfallverwertungs- und -beseitigungs-
anlagen

Titel 661 75 - Schuldendiensthilfen zur Bildung von
Kreditplafonds

Die Fraktion der CDU beantragte, den Haushaltsansatz von 5 000 000 DM um 9 100 000 DM auf 14 100 000 DM zu erhöhen. Nach Auffassung der Fraktion der CDU ist eine Erhöhung des Ansatzes unbedingt erforderlich, um durch zinsgünstige Kredite Investitionen von kleineren und mittleren Wirtschaftsunternehmen im Bereich der Abfallbeseitigung verstärkt fördern zu können. Zur Deckung ihres Antrags schlug die Fraktion der CDU vor, den Titel 883 15 im Kapitel 14 030 entsprechend zu reduzieren.

Der Sprecher der Fraktion der SPD stimmte grundsätzlich dem Anliegen der Fraktion der CDU zu, da ein größerer Bedarf als bisher angenommen wahrscheinlich ist. Allerdings könne die Fraktion der SPD mit der vorgeschlagenen Deckung nicht einverstanden sein.

Der Sprecher der Fraktion der SPD schlug vor, der federführende Haushalts- und Finanzausschuß solle den tatsächlichen Bedarf bei diesem Titel eingehend prüfen, evtl. eine Erhöhung vornehmen und aus seiner Gesamtsicht des Haushaltes 1989 eine Deckung vorschlagen.

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung verzichtete daraufhin auf eine formale Beschlußfassung zu dem Antrag der Fraktion der CDU und beschloß einstimmig die vom Sprecher der Fraktion der SPD vorgetragene Empfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuß.

2.2 Neuer Titel - Sanierungsprogramm Emscher
hier: Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen

Die Fraktion der CDU beantragte, einen neuen Titel mit der vorbezeichneten Zweckbestimmung einzurichten und mit einem Ansatz von 100 000 DM zu versehen.

Die CDU begründete ihren Antrag mit der Tatsache, daß seit Beginn der Industrialisierung die Emscher zu einem Abwasserkanal umfunktioniert worden sei. Insbesondere nach Wegfall von Großeinleitern ist die Renaturierung der Emscher auf einer Länge von ca. 80 km im Ballungszentrum Nordrhein-Westfalen dringend geboten.

Zur Deckung schlug die Fraktion der CDU vor, den Titel 537 14 im Kapitel 10 050 um 100 000 DM auf 300 000 DM zu kürzen.

Nach Auffassung der Fraktion der SPD ist die Einrichtung eines solchen Titels nicht notwendig, da dies Aufgabe der Emscher-Genossenschaft sei.

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3. Kapitel 10 200 - Landesamt für Wasser und Abfall, Verwaltung für Wasser- und Abfallwirtschaft

3.1 Titel 537 13 - Versuche und Untersuchungen im Zusammenhang mit der Überprüfung, Überwachung und Sanierung von sogenannten Altlasten

Die Fraktion der CDU beantragte eine Erhöhung des Ansatzes von bisher 2 700 000 DM um 1 300 000 DM auf 4 000 000 DM. Nach Auffassung der Fraktion der CDU sind im Bereich der Altlastensanierung verstärkte Aktivitäten erforderlich, um den von der Landesregierung selbst gesetzten Anspruch der ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen gerecht werden zu können.

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3.2 Titel 537 18 - Forschungsnetz Abfallwirtschaft

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, den Ansatz in Höhe von 1 000 000 DM zu sperren. Die Fraktion der F.D.P. stellte insbesondere die Frage, welche Forschungen konkret durchgeführt werden sollen. Ohne nähere Kenntnis sei deshalb dieser Haushaltstitel derzeit zu sperren.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3.3 Titelgruppe 64 - Gewässerkundlicher Dienst, wasserwirtschaftliche Planung, Überschwemmungsgebiete

Titel 537 64 - Wasserwirtschaftliche Planung

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, zu diesem Titel einen korrespondierenden Einnahmetitel mit einem Ansatz von 1 200 000 DM einzurichten, da die Gutachterkosten für wasserwirtschaftliche Rahmenplanungen in bezug auf die Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus und die Sumpfungmaßnahmen für den zukünftigen Braunkohlentagebau von den Verursachern zu tragen sind.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

4. Der Sprecher der Fraktion der CDU beantragte, der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung möge empfehlen, daß der Bereich der Fördermaßnahmen für Stadterneuerung zukünftig auch auf die Sanierung von Abwasserkanälen ausgedehnt werden solle. Um dies zu ermöglichen, müßten die Förderrichtlinien geändert werden.

Der Sprecher der Fraktion der SPD lehnte den Antrag für seine Fraktion ab, da zum einen der kommunale Spitzenverband Städtetag Nordrhein-Westfalen empfohlen habe, daß sich das Land aus der Finanzierung von kommunalen Kanalbaumaßnahmen zurückziehen sollte, und zum anderen der Landeshaushalt um 326 Millionen DM für Stadtentwässerungsmaßnahmen enthalte.

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Hegemann
Vorsitzender